Das „Weltatomerbe" Braunschweiger Land ist keinesfalls eine St.-Florians-Initiative, wie die rege Beteiligung aus der Region an den Gorleben-Aktionen im November zeigte.
Foto: AG Schacht Konrad

Eine neue Protestkultur?

Die Heimkehr des Widerstands

Die Medien reiben sich erstaunt die Augen: Rentner, Beamte, Lehrer und Mercedes-Ingenieure protestieren gegen Stuttgart 21, wohl situierte Bürger machen Protesturlaub im Wendland, nachdem sie in Hamburg eine Schulreform verhinderten. Gibt es eine neue Protestkultur? Und was bedeutet das für die Demokratie?

„Es tut sich was, ja, es tut sich was,
die Bullen spritzen die Leute nass,
und wenn die Bullen zu spritzen geruh'n,
na dann muss ich, dann muss ich was tun!"
(Liedrefrain aus den 1960ern)

Stuttgart 21, die vielfältigen Proteste in Gorleben, die an einem Referendum gescheiterte Schulreform in Hamburg: Kann man das in einen Topf schmeißen? Na klar doch, warum denn nicht?

Die von den Medien hochgejubelte „neue Protestkultur", in der alte Führungs- und junge Nachwuchskräfte nach der Arbeit ihre „After Work"-Party in den Stuttgarter Schlosspark verlegen oder ein Survival-Wochenende inklusive massiver Schotterei in Gorleben verbringen, oder neue Bürgerbegehren anstrengen, gibt es die überhaupt? Drückt sich hier wirklich eine quer durch alle gesellschaftlichen Schichten reichende Unzufriedenheit mit der politischen Kultur unseres Landes aus? Oder ist dies nur eine jener Wellen, die immer wieder mal gegen die festgefügten Wälle der Parteiendemokratie branden?

Es ist zu früh, eine abschließende Wertung zu finden oder gar ein Urteil zu fällen, aber es tut gut, mal etwas zurückzublicken. Denn das, was sich diesen Herbst in Stuttgart oder Gorleben artikulierte, ist mehr als die bloße Lust am Protest, und auch etwas anderes als jene (konservative) Neuerungsunwilligkeit, die besonders den bürgerlichen (was ist das überhaupt?) Protestlern gegen Stuttgart 21 oder die Hamburger Schulreform unterstellt wurde. Es ist aber vor allem eines: nicht neu!

Eine neue Generation?

In den Protesten gegen den Bahnhofsumbau in Stuttgart oder den Castortransport konnte man viele Gesichter sehen, die vor 35 Jahren schon dabei waren, als es gegen Wyhl und Brokdorf oder etwas später gegen die Pershings und die Startbahn West ging.

Auch die Bauplatzbesetzer von Wyhl 1975 waren keineswegs aus der ganzen damaligen Republik angereiste Berufsdemonstranten, sondern eine gesunde Mischung aus ortsansässigen Bauern und Winzern, Bürgern aus dem nahen Freiburg sowie Studenten. Grundsätzlich also in etwa die Melange, die in diesem „Herbst der Entscheidungen" (Angela Merkel) die Republik zum Tanzen und Demoskopen wie Journalisten zum Staunen bringt.

Protest oder Widerstand?

Man mag darüber diskutieren, ob es bloß Protest oder doch Widerstand ist, was sich in den letzten Wochen artikuliert hat, es hat von

beidem etwas. Doch insgesamt drückt sich was anderes darin aus: eine zunehmende Distanz zur herrschenden Parteiendemokratie. Mancher wundert sich, wieso Leute, die nicht mehr wählen gehen, plötzlich vor Wasserwerfern auftauchen und ihre Gesundheit riskieren. Andere staunen, dass Spitzenpolitiker der Grünen als Rednerinnen in Gorleben nicht gern gesehen werden, selbst wenn sie aus dem Landkreis stammen. Wieder andere mag verblüffen, dass sich Zehntausende gegen einen Bahnhofsumbau mobilisieren lassen, aber der massive Sozialabbau bei der (noch) nicht betroffenen Mehrheit bestenfalls auf wohlwollendes Achselzucken stößt.

Vernetzte Strukturen stärken die Demokratie

Es ist ein gutes Zeichen, wenn Bürger auf die Straße gehen, zeigen sie doch damit, dass ihnen keineswegs gleichgültig ist, wer das Land anführt und wie es geführt wird. Sie wollen mitbestimmen und fordern dieses Recht massiv ein. Und – vergeben Sie mir – noch ein Irrtum soll hier erwähnt werden: Die Zahlen der Teilnehmer an den Großaktionen sind kleiner als vor 30 Jahren. 1979 demonstrierten (damals in Hannover) rund 100.000 gegen Gorleben, zur größten Abrüstungsparty nach Bonn pilgerten 1983 dreimal so viele und auch die Startbahn West konnte mehrfach 50.000 und mehr Demonstrantinnen mobilisieren.

Dass weniger Menschen heute mehr Aufmerksamkeit erregen, hat andere Gründe: Unsere Demokratie ist in den letzten Jahren zu einer Mediendemokratie mutiert, die mittlerweile durch die modernen elektronischen Medien viel mehr Möglichkeiten der Vernetzung informeller und informativer Strukturen ermöglicht als früher. Dutzende kleiner Aktionen, dezentral organisiert zur gleichen Zeit, weiten den Protest aus, sorgen für verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit und erweitern damit demokratische Freiräume.

Kurz gesagt: Nachdem die Demokratie sich vorübergehend ins Internet zurückzog, erobert sie jetzt die Straßen zurück. Die offene Frage derzeit ist: Kann diese anstrengende und für viele Beteiligten auch aufzehrende Form der Teilhabe verstetigt werden, kann sie zum Beispiel durch Ausbau plebiszitärer Teile dauerhaft in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse integriert werden? Man sollte

Gegen die Wiederaufnahme des Ausbaus des Endlagers Gorleben – euphemistisch „Erkundung" genannt – demonstrierten mehrere tausend Menschen.
Foto: Karin Behr, PubliXviewinG

sich keineswegs darauf verlassen, dass die eine oder andere Partei das Protestpotential vertritt oder gar integriert!

Bürgerdemokratie statt Parteiendemokratie

Die Grünen sonnen sich in Umfragehochs, die SPD mutiert endgültig zur „Schatten"partei, die CDU betoniert sich in einer konservativen Festung ein, die FDP entdeckt – von Fall zu Fall – die Bürgerrechte wieder und die Linke scheint in den Medien zur Partei der Verlierer abgestempelt zu werden. Aber all das ist trügerisch. Nehmen wir das Beispiel Stuttgart: Die SPD hat klugerweise einen Volksentscheid in die Debatte gebracht und scheint sogar bereit, Juniorpartner in einer eventuellen grün-roten Koalition zu werden (es ist zweifelhaft, dass es so weit kommt). Was werden all die, die jetzt die Grünen wählen (wollen), tun, wenn Winfried Kretschmann als erster grüner Ministerpräsident Stuttgart 21 nach Schlichtungsspruch und eventuellem Volksentscheid bauen lassen muss?

Demokratie ist viel mehr als freie Wahlen für freie Parlamente, die dann frei nach Gewissens- oder Kassenlage oder Parteiprogramm entscheiden. Demokratie heißt auch, Minderheiten zu schützen, ihre Rechte und Ansprüche zu berücksichtigen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen wirksam zu vertreten. Demokratie ist nicht auf Konsens orientiert, sie braucht ein System von „Checks and Balances", um zu funktionieren, und derzeit gerät das zunehmend aus dem Gleichgewicht. Die Art und Weise, wie sich in den letzten Jahrzehnten die Par-

Webtipps

Eine allgemein interessante Seite wird geführt von einer Philosophin, die sich unter anderem sehr in die Tiefe gehend mit den Möglichkeiten von gesellschaftlichem Wandel zu mehr individueller Partizipation befasst:
www.thur.de/philo/frame.htm
Dort findet sich zum Beispiel folgender Link zum Thema »Selbstorganisation in der Gesellschaft« ***www.thur.de/philo/assoges2.htm***

Auch unter der folgenden Adresse sind immer wieder Texte zur Demokratieentwicklung und zum Bürgerprotest zu lesen: ***www.regenbogennachrichten.de***

Praktisch und theoretisch mit der Fortentwicklung der Demokratie beschäftigt sich die Zukunftswerkstatt Jena unter: ***www.zw-jena.de***

Wie Campact sich in die politischen Entscheidungsprozesse einmischt, liest man am besten auf ihrer Seite: „Wie Campact wirkt, signalisiert schon der Name: Campaign & Action. Campact organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen. Wenn Wirtschaftslobbyisten Gesetze diktieren wollen oder im Bundestag die Meinung der Bevölkerung nicht zählt, ist Campact zur Stelle.
Schnelles Handeln verbindet Campact mit phantasievollen Aktionen, die Öffentlichkeit herstellen und Druck auf die Entscheidungsträger ausüben: für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Gesellschaft". Mehr unter ***www.campact.de/campact/home***

Zu den aktuellen Themen in der Region:
Zur Bürgerbefragung Stadionausbau äußern sich alle im Rat vertretenen Parteien, mit einer Ausnahme: der SPD. Die wacht vielleicht auch einmal wieder auf.
Stellungnahmen der Parteien in Braunschweig zur Bürgerbefragung über das „Eintracht"-Stadion finden sich von der CDU unter ***www.cdu-ratsfraktion-braunschweig.de/lokal_1_1_224_Stadion-Ausbau-CDU-Antrag-fuer-eine-Buergerbefragung-vom-Rat-beschlossen.html***

Von den Grünen auf ihrer Homepage:
www.gruene-braunschweig.de/?p=3064

Die Linke stellt ihren Ergänzungsantrag vor:
www.linksfraktion-braunschweig.de/index.php?option=com_content&task=view&id=527&Itemid=1

Auch die bibs äußert sich: ***www.bibs-fraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF/2010_10_27_Statement_Buergerbefragung_Stadionausbau.pdf***

Zum Ausbau des so genannten Forschungsflughafens finden sich viele Informationen, Tipps und auch Mitmachhinweise unter
www.bi-flughafen-bs.de

Auch bei Robin Wood: ***www.robinwood.de/Flughafenausbau-Braunschweig.463.0.html***

Nochmal zur Erinnerung: Bürgerbegehren Schlosspark, dokumentiert auf den Seiten der Schlossparkfreunde Braunschweig:
www.schlosspark-braunschweig.de

teien die Pfründe zugeschustert haben, wie – das ist das größte Verdienst von Rot-Grün! – die politische Korruption und der Filz zwischen Wirtschaft und Parteiendemokratie ins Kraut schossen, haben das System als solches in den Augen vieler Menschen desavouiert.

Nun brüstet sich sogar die Stadt Braunschweig, aus Stuttgart gelernt zu haben. Im Februar findet hier eine Bürgerbefragung zum Stadionausbau statt. Initiiert vom Oberbürgermeister persönlich, abgesegnet einstimmig vom Rat. Mit Bauchschmerzen bei einigen. Dies ist – trotz aller Bedenken – zunächst eine Chance. Wie groß, wird sich dann zeigen, wenn das nächste Bürgerbegehren zur Zulassung ansteht. Ob dann der Rat auch zustimmt? Speziell die derzeitige Mehrheit? Zweifel sind angebracht. Unabhängig davon ist es interessant, diese Bürgerbefragung durchzuführen, daran teilzunehmen und zu schauen, was geschieht, wenn die Bürger etwas entscheiden sollten, was einigen lokalen Granden missfällt. Ob dann die vom Oberbürgermeister verkündete „Fraktenbindung" immer noch gilt?

Wenn es den heute protestierenden Bürgern gelingt, hier wie auch anderswo mehr Mitsprache durchzusetzen, haben die Herbstproteste Erfolg gehabt, selbst wenn sie im Einzelfall auch scheitern sollten.

Stefan Vockrodt

Die erstarkte Anti-AKW-Bewegung

Wo geht's jetzt bitte zum Atomausstieg?

Im diesem Jahr wird es mehr denn je um die Achillesferse der Atomenergie gehen: die Atommüllentsorgung. Im September rief die IG Metall zur Demo. Im Frühjahr soll es weitergehen.
AG Schacht Konrad

Wachsenden Massenprotesten zum Trotz hat die Bundestagsmehrheit am 28. September beschlossen, den Atomkraftbetreibern neue Stromkontingente zuzuteilen (Laufzeitverlängerungen). Ob diese Politik auch durchsetzbar ist, muss sich erst noch zeigen. Vor Gericht und natürlich vor allem auf der Straße.

2010 zeigte sich eine völlig erneuerte, ganz andere Anti-AKW-Bewegung. Stark wie nie. Nach Jahren, in denen es schon viel war, wenn einmal im Jahr wenige tausend Menschen zu einem bundesweiten Atomprotest zusammenkamen, demonstrierten in diesem Jahr monatlich im ganzen Land tausende, mehrfach 50.000, 100.000 oder mehr. Das Ansinnen der schwarz-gelben Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomanlagen zu verlängern, führte dabei ganz unterschiedliche Interessen zusammen.

Da waren nicht mehr nur die traditionellen Bürgerinitiativen, sondern auch ein Ensemble von Verbänden und Kampagnen. Da engagierte sich die erstarkte Branche der mittelständischen erneuerbaren Energien, die sich politisch bisher vornehm zurückgehalten hatte. Kein Wunder: Es gibt einen zunehmenden Systemkonflikt zwischen Atomstrom, der die Netze verstopft und Erneuerbaren, die laut Gesetz Vorrang bei der Einspeisung ins Netz haben. Und weil die Branche ein Job-Motor ist, engagierten sich auch die Gewerkschaften mit zunehmend klarer Position.

Auch in allen Parteien war Atomenergie ein Thema. Nicht nur bei den Parteien, die

noch nie in Regierungsverantwortung waren wie Linke, ÖDP, Piraten oder MLPD, sondern auch bei SPD, Grünen und CDU. Pikant war das entschiedene und durchaus erfreuliche Engagement von SPD und Grünen. Immerhin nutzte Schwarz-Gelb nichts anderes als das Instrumentarium, das Rot-Grün im Jahr 2000 überhaupt erst geschaffen hat: Laufzeiten und Stromkontingente gab es vorher nicht, ebenso wenig das Instrument des Privatvertrages der Regierung mit den Atomkonzernen, eine Änderungsvorlage zum Atomgesetz, die erst nach Genehmigung durch die Konzerne dem Parlament zugeleitet und dann am Bundesrat vorbei beschlossen wurde. Der Widerstand gegen Atomenergie ist jung und erfahren, technisch versiert und entschieden. Mainstream. Fehlt nur noch eines: Die Stilllegung von Atomanlagen. Und die steht genau jetzt an.

Gut vernetzt in 2011

2011 wird es nicht mehr um ein abstraktes Ausstiegskonzept gehen, sondern um die ganz konkrete Frage, wieso Reaktoren, die einem beispielsweise gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturz nicht standhalten würden, noch am Netz sind. Eine Frage, die sich zum Beispiel trefflich an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, stellen lässt, der einerseits die Terroristengefahr beschwört, aber die Laufzeiten andererseits gleich um 28 Jahre verlängern wollte. Der 12. März, rund 14 Tage vor der Landtagswahl im Ländle, wird ein guter Zeitpunkt sein. Und SPD und Grüne können sich schon mal darüber Gedanken machen, wie sie als Landesregierung mit der Atomaufsicht umgehen wollen. Denn die ist Ländersache.

Anfang des Jahres wird sich auch die Frage stellen, warum Krümmel (und Brunsbüttel) wieder ans Netz gehen sollten. Nein, es geht nicht um eine Renaissance der Standortarbeit, sondern wie 2010 um ein gut vernetztes, bundesweites Vorgehen.

Für Ostermontag, den 25. April, also einen Tag vor dem Tschernobyl-Jahrestag, sind bundesweit 16 Aktionen angedacht. An allen zwölf Reaktor- und den vier Atommüll-Standorten (Ahaus, Lubmin, Gorleben und Konrad). Nicht 100.000 in Berlin, sondern etwa 16 mal 20.000 bis 30.000. Das dürfte die Verantwortlichen in Bund und Land zunehmend vor Probleme stellen. Und so klappt's dann auch mit dem Ausstieg!

Peter Dickel

Webtipps

Mehr Infos zu den für 2011 geplanten Aktionen finden sich auf der Homepage der AG Schacht Konrad: ***www.ag-schacht-konrad.de***
Hier finden sich auch entspr echende Links zu den anderen Standorten.

Zur Asse:

Zunächst einmal die Sammelseite:
www.asse2.de
Die Homepage von aufpASSEen:
www.aufpassen.org/index.html
Schließlich noch die Aktion Atommüllfreie Asse (AAA)
www.aaa-wf.de/index.php?Wer_ist_die_AAA%3F

Weiteres zum Castor unter ***www.castor2010.de***